dieses Geld auch sinnvoll eingesetzt wird. Ich gebe auch zu bedenken: Rot-Rot hat hier einen Akzent gesetzt, nachdem ein CDU-Europaminister jahrelang erklärt hat, dass die Entwicklungspolitik keine Landesaufgabe sei.

Wie bereits gesagt: Die Mittel in diesem Kapitel sind verschwindend gering. Wir wissen aber auch, dass im Bereich des Wirtschafts- und Europaministeriums für das kommende Jahr rund 145 Millionen Euro und im Bereich des Sozial- und Arbeitsministeriums immerhin 85 Millionen Euro EU-Geld eingesetzt und ausgereicht werden. Das ist Geld, das bei den Brandenburgern auch ankommt, und das ist gut so. - Danke.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Zum Abschluss der Debatte erhält noch einmal die CDU-Fraktion das Wort. Die Abgeordnete Richstein spricht.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Haushalt komme, erlauben Sie mir eine kleine Vorbemerkung. Ich bin Ihnen zwar sehr dankbar, Frau Hackenschmidt, dass Sie die Konferenz der an der Oderpartnerschaft beteiligten Sejmijs und Landesparlamente angesprochen haben, aber ich denke, auch angesichts des in Teilbereichen doch vorhandenen Verfalls der Sitten obliegt es noch immer dem Präsidenten, die werten Kollegen zu dieser Konferenz einzuladen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns in der Haushaltsdebatte befinden, ist es das eine, darüber zu debattieren, was im neuen Jahr angestellt werden soll. Aber ich denke, zum anderen bietet es sich an, zurückzublicken und zu sehen, ob die veranschlagten Ziele auch umgesetzt wurden. Das heißt, wir schauen auf das Soll, und wir schauen auf das Ist. Das Soll wird sich natürlich hier in der Koalition der Regierung, im Koalitionsvertrag wiederfinden, und ich darf zitieren:

„Das Land wird seine Erfahrungen und Interessen frühzeitig in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union einbringen und dabei seine Vertretung bei der EU sowie seine Mitwirkungsrechte nutzen, die sich künftig im Rahmen des Lissabon-Vertrages und der nationalen Begleitgesetzgebung erheblich verbessern.“

Soweit das Soll.

Nun schauen wir uns das Ist an. Ich fange mit dem Landtag an, und da kann ich nicht erkennen, dass die Regierungsfaktionen ein übertriebenes Interesse daran haben, frühzeitig in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebunden zu werden. Das hat man an den Reaktionen gesehen, als die ersten Frühwarn Dokumente auf den Tischen lagen und niemand gesagt hat: Endlich bekomme ich meine Informationen, bevor etwas in Brüssel beschlossen wurde. - Sondern es kamen nur die Klagen: Warum haben wir plötzlich so viel Papier auf dem Tisch, was in den meisten Fällen ...

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Doch, Frau Kaiser, gerade deshalb haben wir im Präsidium auch eine andere Regelung gefunden.

... einfach auch ungelesen in der Ablage P verschwand.

Wir haben uns in der Fraktion durchaus Gedanken darüber gemacht: Wie können wir frühzeitig in einen Informationsprozess eintreten? Denn auch hier muss man leider feststellen, dass die Landesregierung sehr zurückhaltend ist, was Informationen anbelangt. Es war noch nicht einmal möglich, zu bewerkstelligen, dass zu den jeweiligen Frühwarn Dokumenten auch eine Einschätzung der Landesregierung weitergegeben wird. Wir haben also gedacht: Wir brauchen selber einen Beobachter in Brüssel, haben hierzu auch einen Antrag gestellt, und ich finde es sehr bedauerlich, dass die Regierungsfaktionen diesen Antrag abgelehnt haben, denn es wäre Ihr Mehrwert gewesen, den Sie dadurch hätten erreichen können.

(Beifall CDU)

Jetzt komme ich zur Landesregierung. Wir haben momentan zu verzeichnen - gestern sagte es hier eine Abgeordnete -, dass die Europäische Union sich in der schwersten Krise ihrer Zeit befinde und - das konnten wir in der Umfrage lesen - 35 % der Brandenburger sagten, dass die Turbulenzen der Eurokrise und ihrer Auswirkungen ihnen Sorgen bereiteten. Es ist die größte Sorge, die sie für das nächste Jahr haben. - Dann schaue ich mir den Haushalt an und das, was die Landesregierung hier im Bereich der Europapolitik macht. Sie können sagen, Frau Stobrawa, es sei Kontinuität da. Aber wir müssen feststellen: Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, und wir haben keinen Aufwuchs bei den Mitteln, um den Bürgerinnen und Bürgern hier im Lande Europa wirklich einmal zu erklären.

Ich mache es an zwei Beispielen fest: Wir haben einen Titel zur Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten. Es wird im Haushalt angemerkt: Die Mittel dienen der Zusammenarbeit sowie der Entwicklung neuer Arbeitsschwerpunkte mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Da hatten wir 2010 einen Ansatz von rund 35 000 Euro, wir haben jetzt einen Ansatz von 21 700 Euro. Bis September 2011 sind letztlich 7 193 Euro geflossen. Wie kann ich hier Zusammenarbeit wirklich leben wollen?

Noch schwieriger sieht es bei den Kosten für die Veröffentlichung von Dokumentationen sowie für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung aus. Wir haben hier einen Ansatz von 3 000 Euro; bis zum 20. September 2011 sind gerade einmal 294 Euro geflossen. So kann ich keine Öffentlichkeitsarbeit machen. Und weiter: Es ist löblich, dass wir jetzt eine Repräsentanz in Stettin eröffnen wollen. Ich hätte mich gefreut, wenn der Minister diese Information direkt im Ausschuss gegeben hätte, wenn wir in der Haushaltsberatung darüber gesprochen hätten, wenn wir darüber gesprochen hätten, ob dafür eine Personalstelle entstehen soll, welche Mittel abfließen. Ich hoffe, dass diese Repräsentanz nicht noch die knappen Mittel aus dem Kapitel 08 070 herausaugen wird.

Meine Damen und Herren der Koalition, ich kann Ihnen wirklich nur einen Appell ans Herz legen: Nehmen Sie Europa ernst, denn nur wenn Sie Europa ernst nehmen, nimmt Europa auch uns ernst! - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)